

Mittwoch, 27. September 2017

Binzen

Dreispitz-Abbau: Landrätin Dammann verteidigt unpopuläre Entscheidung

In einem offenen Brief verteidigt Landrätin Marion Dammann die "sehr unpopuläre Entscheidung" zum Entfernen des Dreispitz-Kunstwerks in Binzen. Die Verwaltung habe nach einem Sicherheitsgutachten keine Alternative gehabt.

1.



2. Welche Zukunft hat das Dreispitz-Kunstwerk? Foto: Victoria Langelott

Gleichzeitig mahnt die Lörracher Landrätin Marion Dammann, dass "die unterschiedlichen Positionen zu diesem Thema nicht in anderen Belangen" das Verhältnis zwischen Binzen und dem Landkreis beeinträchtigen. Auf BZ-Nachfrage ergänzt Dammann, dass das Landratsamt davon ausgehe, dass aufgrund der eingereichten Petition die übliche Stillhaltepflicht gilt. "Daher sind zunächst keine weiteren Umsetzungsschritte vonseiten des Landratsamts geplant."

Sehr unterschiedliche Regelungen

Zur Entscheidung schreibt Dammann: "Das Gutachten war dabei auf eine Situation bezogen, in der der Fahrende keine Kontrolle mehr über sein Fahrzeug ausübt und damit in der Fachsprache ‚ungebremst und un gelenkt‘ auf das Kreiselkunstwerk zufährt". Gegenargumente gegen diesen Ansatz könne sie persönlich gut nachvollziehen. Wenn die Gemeinde beispielsweise darauf hinweise, dass auch andere Hindernisse in der Nähe von Straßen bestünden, falle in der Tat auf, dass dazu sehr unterschiedliche Regelungen bestünden.

Ihr sei die Bedeutung, die das Dreispitz-Kunstwerk in der Gemeinde Binzen und der Region habe, sehr bewusst, ergänzt die Landrätin. "Ich schätze den Künstler sehr". Wegen der Regelung in dem genannten Erlass und der klaren Aussagen des Gutachtens könne dies jedoch nicht höher bewertet werden als die Verkehrssicherheit. Hintergrund sei auch, dass ihre Mitarbeiter im Falle eines Unfalls einer Amtspflichtverletzung bezichtigt und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könnten, wenn die juristische Beurteilung, welche Grundlage für den Erlass war, zutreffend sei.

Werbung

Bevölkerung um Verständnis gebeten

"Dies kann uns keiner abnehmen, die Frage kann nur durch eine gerichtliche Überprüfung geklärt werden", so Dammann, die die Bevölkerung daher um Verständnis bittet. Die Behauptung der Resistenz gegen Bürgerbeschwerden helfe nicht weiter. Sie sei überzeugt, auch diejenigen, die sich so äußern, würden eine so weitreichende Verantwortung nicht übernehmen. Ausdrücklich betont Dammann, dass "die Debatte über die Frage, sind Verkehrsgefahren selbst zu tragen oder muss die öffentliche Hand vorsorgen, weiter geführt werden soll." Die eingereichte Petition werde insofern unterstützend wirken.

Mehr zum Thema:

- Petition: [Hat Dreispitz noch eine Chance?](#)

-
-